

Corona-Pandemie legt Bildungsmisere offen

Seitdem Mitte März aufgrund der Corona-Pandemie die Schulen geschlossen wurden haben wir alle, die mit dem Bereich Bildung zu tun haben, neue und sehr unterschiedliche Erfahrungen gemacht. Eltern, Schüler*innen und Lehrkräfte mussten mit dieser ungewohnten Situation umgehen. Es ist nachvollziehbar, dass dabei nicht alles reibungslos laufen und man nicht allen unterschiedlichen Erwartungen und Forderungen in gleicher Weise gerecht werden kann. Dessen ungeachtet hat sich aber gezeigt, dass es bei vielen Aspekten des Bildungsbereiches erhebliche Defizite gibt, die zwar zum Großteil nicht neu sind, jetzt aber umso deutlicher zu Tage getreten sind.

So zeigt sich in der aktuellen Situation u.a. überdeutlich, dass die Kultusministerin weiterhin die große Heterogenität innerhalb der Schüler*innenschaft ignoriert.

Anscheinend geht man davon aus, dass alle Schüler*innen eine hohe intrinsische Motivation besitzen, dass in jedem Haushalt eine umfangreiche digitale Ausstattung vorhanden ist und dass alle Lehrer*innen die Beschäftigung mit digitalen Formen des Lernens als ihr Hobby betreiben.

Gerade in den Schularten, die den unteren oder mittleren Bildungsabschluss anbieten, haben es die Lehrer*innen häufig aber gerade nicht mit den idealtypischen Voraussetzungen zu tun. Die geringe Wertschätzung dieser Schularten zeigt sich leider nicht nur bei der Presse und der Öffentlichkeit, auch das Kultusministerium vermittelte vor allem zu Beginn der Schulschließungen immer wieder den Eindruck, dass es nur um die Frage ginge, ob das Abitur in der üblichen Form und Wertung durchgeführt werden könne. Die anderen Bildungsabschlüsse fanden viel zu wenig Gehör und wurden, so unser Eindruck, nur als „Anhängsel“ betrachtet.

Somit wurde die Bildungsschere noch weiter geöffnet und es ist bisher nicht zu erkennen, mit welchen Ideen die Kultusministerin gedenkt, diese Diskrepanz zu schließen. Dies ist auch deswegen besorgniserregend, weil so auf lange Sicht der Zusammenhalt in der Gesellschaft gefährdet wird. Obwohl es in erster Linie die Gemeinschaftsschulen sind, die sich diesem Grundprinzip der Chancengleichheit und der individuellen, bedarfsorientierten

Förderung des einzelnen Kindes verpflichtet haben, fehlt es ihnen an der notwendigen Anerkennung auch durch die Kultusministerin. Eine funktionierende Gemeinschaft braucht aber gleiche Chancen für alle!

Leider mussten wir außerdem feststellen, dass das Kultusministerium in vielen Fällen immer wieder versucht, sich aus seiner Verantwortung zu ziehen:

- Man kann nicht einfach die Schülerschaft nach Hause schicken und erwarten, dass daheim der Lehrplan weiter bearbeitet wird, wenn nicht geklärt ist, wie man eine verbindlichen Kontrolle der bearbeiteten Themen sicherstellt.
- Man kann nicht einfach den Schulen den Auftrag geben, die Schüler*innen für das „Homeschooling“ mit Material zu versorgen ohne konkrete Vorgaben über den Umfang des Lernstoffes oder darüber, welche Fächer abgedeckt sein müssen.
- Man kann es nicht einfach den Eltern überlassen, sich Gedanken darüber zu machen, wie gerade bei jüngeren Kindern die Betreuung geregelt werden soll, falls die Eltern weiter ihrer Arbeit nachgehen müssen (und sei es auch im Home-Office). Hier hätte das Kultusministerium sofort nach der Entscheidung für Schulschließungen mit den verantwortlichen Stellen vor Ort Absprachen treffen müssen.

Wir fordern daher das Kultusministerium auf, aus den Erfahrungen der letzten Monate die richtigen Schlüsse zu ziehen und dafür zu sorgen, dass die Kinder auch dann ihr Recht auf Bildung wahrnehmen können, wenn es noch einmal zu Schulschließungen oder einem eingeschränkten Regelbetrieb kommen muss.

Dies beinhaltet folgende Punkte:

1. Die Schüler*innen brauchen Struktur

Dazu gehören

- verbindliche Unterrichtszeiten, die gegebenenfalls auch online stattfinden müssen
- klare Abgabetermine für die daheim bearbeiteten Aufgaben
- faire und aussagekräftige Rückmeldungen über den Leistungsstand (Noten sind hierfür gänzlich ungeeignet)

2. Unterstützung der Eltern

Dazu gehört

- zuverlässige Erreichbarkeit aller Lehrkräfte
- Ausbau der Notbetreuung
- professionelle Hilfe bei Lernschwierigkeiten

3. Die Schulen nicht alleine lassen

Dazu braucht es

- klare und einheitliche Vorgaben, die nicht alle zwei Wochen wieder hinfällig sind
- deutlich mehr Lehrkräfte und pädagogische Assistent*innen
- Fortbildungen für digitale Formen des Unterrichts
- Unterstützung durch außerschulische Lernpartner*innen und Schulsozialarbeiter*innen, damit sich die Lehrkräfte auf ihre Kernaufgabe konzentrieren können
- ein umsetzbares Hygienekonzept in enger Absprache mit den Schulträgern

Mit am deutlichsten zeigen sich die Versäumnisse der letzten Jahre im Bereich der Digitalisierung. So wurde zu keiner Zeit darüber diskutiert, wie man vorgehen könnte, wenn Schüler*innen daheim über keine oder nur eine unzureichende Ausstattung mit digitalen Endgeräten verfügen oder gar keinen Internetzugang besitzen. Auch das 90% der Lehrkräfte daheim ihre eigenen Geräte nutzen müssen, scheint für das Kultusministerium normal zu sein. Dass dies aber nicht normal ist, zeigt ein Blick in die freie Wirtschaft. Dort ist es eine Selbstverständlichkeit, dass Arbeitnehmer*innen für ihr Home-Office eine entsprechende Ausstattung zur Verfügung gestellt bekommen. Eine einheitliche, stabile und plattformunabhängige digitale Lernumgebung ist dringend erforderlich. Hier muss das Land das Heft in die Hand nehmen und kann nicht darauf vertrauen, dass die einzelnen Kommunen die Arbeit des Kultusministeriums übernehmen. In ihrer Not greifen viele Schulen bzw. Schulträger auf fertige, kommerzielle Lösungen zurück, die nicht nur unter datenschutzrechtlichen Gesichtspunkten problematisch sind. Wie groß hier der Nachholbedarf ist und wie dringend man hier hoch qualifizierte Fachkräfte braucht, zeigt sich nicht zuletzt am teuren Flop der digitalen Lernplattform ELLA. Ein Armutszeugnis für die Bildungspolitik in Baden-Württemberg!

Auch der Lehrer*innenmangel, der inzwischen in manchen Schularten dramatisch ist, ist nicht der Corona-Pandemie geschuldet, er wird jetzt nur für wirklich jeden noch deutlicher. Seit Jahren weiß man um dieses Problem und seit Jahren wird immer wieder mit dem Argument, dieser Mangel werde sich durch sinkende Schüler*innenzahlen von selbst erledigen, getröstet. Wenn sich jetzt aber durch weitere krankheitsbedingte Ausfälle die Situation an vielen Schulen so verschlechtert, dass an ein von der Ministerin gewünschter „Normalbetrieb“ nach den Sommerferien überhaupt nicht zu denken ist, zeigt sich, wie gravierend der Mangel an Lehrkräften ist. Auch die hohen Kosten für Lehrkräfte von der Ausbildung über das Arbeitsleben bis zu Pensionszahlungen sind immer wieder ins Feld geführt worden. Ein vermeintlich reiches Bundesland wie Baden-Württemberg schafft es

nicht, aus eigener Kraft eine anständige Lehrer*innenversorgung zu gewährleisten? Wie peinlich! Statt die erstaunlicherweise immer noch hoch motivierten Lehrkräfte zu unterstützen, werden ihnen immer mehr Aufgaben aufgebürdet, so dass das eigentliche „Kerngeschäft“ schon fast zur Nebensache gerät

Wir fordern daher das Kultusministerium und die Ministerin persönlich auf, zügig und lösungsorientiert die notwendigen Maßnahmen einzuleiten und zeitnah umzusetzen.

Ortsverband Bündnis90 / Die Grünen Ludwigsburg

Anita Klett-Heuchert, Silke Gericke, Ulrich Bauer und Torsten Kauer